

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 2006

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland

Auszug aus Teil 1

20 Deutschland und die Europäische Union

20.1 Einführung

Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union entspricht dem in der Präambel des Grundgesetzes enthaltenen Auftrag »als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen« und ist nach der Wiedervereinigung im neuen Europa-Artikel des Grundgesetzes (Art. 23) konkretisiert worden. Aber auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen mit den Partnerstaaten der Europäischen Union sind so wichtig, dass in diesem Kapitel die Europäische Union gesondert betrachtet wird.

Zu zentralen Themenbereichen wie Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, EU-Finanzierung, Erweiterung, Bevölkerung und Arbeitsmarkt, allgemeine Wirtschaftsentwicklung und außenwirtschaftliche Beziehungen sowie zu den Lebensverhältnissen in den EU-Staaten werden in diesem Abschnitt Vergleichstabellen kommentiert.

Neben den 25 EU-Mitgliedstaaten werden auch die Beitrittskandidaten Bulgarien, Kroatien, Rumänien und die Türkei betrachtet. Damit wird nach der Erweiterung im Jahr 2004 auch der in den nächsten Jahren zu erwartenden Aufnahme neuer Mitgliedstaaten Rechnung getragen. Gesamtergebnisse werden sowohl für alle 25 EU-Staaten (»EU-25«) als auch für die 15 EU-Staaten vor der Erweiterung (»EU-15«) sowie für die so genannte Eurozone, d.h. für die 12 Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion, dargestellt.

Die Werte in den Tabellen stammen vor allem aus den Veröffentlichungen und Datenbanken des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in Luxemburg sowie aus verschiedenen Quellen internationaler Organisationen. Die Zahlen für Deutschland können aus diesem Grunde von den Angaben in anderen Kapiteln, die weitgehend auf bundesstatistischen Ergebnissen basieren, abweichen. Unterschiede der statistischen Begriffe, der Erhebungsverfahren sowie der Bearbeitungsmethoden beeinträchtigen trotz weitgehender Harmonisierung der Angaben deren Vergleichbarkeit in Einzelfällen.

20.2 Entstehung, Entwicklung und Ziele der Europäischen Union

Der Europäische Integrationsprozess begann mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) im April 1951 durch Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Diese sechs Staaten gründeten 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft

(Euratom). Aus diesen drei Gemeinschaften entstanden 1967 die Europäischen Gemeinschaften (EG). Ziel der EG ist die politische und wirtschaftliche Einigung Europas. Die ersten Schritte bestanden in dem Abbau der zwischenstaatlichen Zollschränken und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifsystems.

Am 1. Januar 1973 kam es mit dem Beitritt Dänemarks, Irlands sowie des Vereinigten Königreichs zur ersten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Am 1. Januar 1981 folgte Griechenland. 1986 fand mit dem Beitritt Portugals und Spaniens die sog. Süderweiterung statt. Zum 1. Januar 1995 wurden die Staaten Finnland, Österreich und Schweden als neue Vollmitglieder in die Europäische Union aufgenommen.

Durch die Schaffung des EG-Binnenmarktes 1993 wurde neben der Liberalisierung des Güterausstausches auch der Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten freigegeben.

Mit dem in Maastricht geschlossenen »Vertrag über die Europäische Union (EU)« vom 7. Februar 1992, der am 1. November 1993 in Kraft trat, vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften einen Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 1999, deren dritte Stufe die Einführung der einheitlichen Währung »Euro« darstellte. Zugleich wurden Schritte zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik beschlossen.

Der »Vertrag von Amsterdam« vom 2. Oktober 1997 setzte den Integrationsprozess mit Blick auf die (Ost-)Erweiterung der EU fort. Von 13 Bewerberstaaten, die eine Mitgliedschaft in der EU beantragt hatten, wurden nach erfolgreichem Abschluss der Beitrittsverhandlungen die Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern zum Mai 2004 in die Europäische Union aufgenommen.

Der Beitritt von Bulgarien und Rumänien ist für 2007 vorgesehen; mit Kroatien und der Türkei wurden 2005 die Beitrittsverhandlungen aufgenommen.

Ziel der Beitrittsverhandlungen ist u. a. die Übernahme des so genannten »acquis communautaire« der EU durch die Beitrittsländer. Dies sind die gemeinsamen Rechtsgrundlagen der Europäischen Union auf der Basis der Verträge von Rom, Maastricht und Amsterdam. Regelmäßige Berichte der EU-Kommission informieren über den Stand der Verhandlungen.

20.3 Konvergenz und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Ein wichtiges Eckdatum der Europäischen Union bildete die Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro, zum 1. Januar 1999 in Vollzug der dritten Stufe der im »Vertrag von Maastricht« vereinbarten Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Auf dem Weg zur Einführung des Euro galt es, mehrere geld-, währungs- und haushaltspolitische Voraussetzungen zu erfüllen, um die Sta-

bilität des Euro von Anfang an zu garantieren. Die zentralen Kennziffern wurden als »Maastricht-Kriterien« bzw. »Konvergenzkriterien« bezeichnet. Nur diejenigen Staaten, die hinsichtlich dieser Kriterien vorgegebene Schwellenwerte unterschritten bzw. die Tendenz einer deutlichen Verbesserung aufwiesen und sich zu einer Teilnahme entschieden, sollten Mitglieder der Währungsunion werden.

Auf dieser Grundlage und auf Empfehlung der am 24. bzw. 25. März 1998 vom Europäischen Währungsinstitut (EWI) und von der EU-Kommission gleichzeitig vor-

Tab. 1: Konvergenz- bzw. Stabilitätskriterien 2004

Land	Harmonisierter Verbraucherpreisindex Veränderung zu 2003 in %	Langfristiger Zinssatz ¹ %	Defizit des Staates	Verschuldung des Staates
			% des Bruttoinlandsprodukts	
Belgien	+ 1,9	4,2	0,0	95,7
Dänemark	+ 0,9	4,3	- 2,3 ²	43,2
Deutschland	+ 1,8	4,0	3,7	66,4
Estland	+ 3,0	4,4	- 1,7 ²	5,5
Finnland	+ 0,1	4,1	- 2,1 ²	45,1
Frankreich	+ 2,3	4,1	3,6	65,1
Griechenland	+ 3,0	4,3	6,6	109,3
Irland	+ 2,3	4,1	- 1,4 ²	29,8
Italien	+ 2,3	4,3	3,2	106,5
Lettland	+ 6,2	4,9	0,9	14,7
Litauen	+ 1,2	4,5	1,4	19,6
Luxemburg	+ 3,2	4,2	0,6	6,6
Malta	+ 2,7	4,7	5,1	75,9
Niederlande	+ 1,4	4,1	2,1	53,1
Österreich	+ 2,0	4,2	1,0	64,3
Polen	+ 3,6	6,9	3,9	43,6
Portugal	+ 2,5	4,1	3,0	59,4
Schweden	+ 1,0	4,4	- 1,6 ²	51,1
Slowakei	+ 7,5	5,0	3,1	42,5
Slowenien	+ 3,6	4,7	2,1	29,8
Spanien	+ 3,1	4,1	0,1	46,9
Tschechische Republik	+ 2,6	4,8	3,0	36,8
Ungarn	+ 6,8	8,2	5,4	57,4
Vereinigtes Königreich	+ 1,3	4,9	3,1	41,5
Zypern	+ 1,9	5,8	4,1	72,0
Europäische Union (EU-25)	+ 2,1	4,4	2,6	63,4
Europäische Union (EU-15)	+ 2,0	4,3	2,6	64,3
Eurozone	+ 2,1	4,1	2,7	70,8
Beitrittskandidaten				
Bulgarien	+ 6,1 ³	5,3	- 1,3 ²	38,8
Kroatien	.	4,1	5,2	44,2
Rumänien	+ 11,9 ³	18,8	1,4	18,5
Türkei	+ 10,1 ³	21,8	3,9	80,1

1 Harmonisierte langfristige Zinssätze: Renditen von Zehn-Jahres-Staatsanleihen.

Kroatien, Rumänien und Türkei: Tagesgeldzinssätze für Kredite am Geldmarkt mit einer Fälligkeit von einem Werktag.

2 Überschuss.

3 Nicht vollständig harmonisierte Verbraucherpreisindizes.

gelegten Konvergenzberichte beschloss der Europäische Rat am 2. Mai 1998 termingerecht den Start der Europäischen Währungsunion zum 1. Januar 1999 mit den elf Teilnehmerstaaten Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien. Griechenland trat am 1. Januar 2001 als zwölftes Mitglied der Europäischen Währungsunion bei. Diese Staaten werden als »Eurozone« bezeichnet. Dänemark, Schweden sowie das Vereinigte Königreich nehmen an der Europäischen Währungsunion nicht teil und haben den Euro nicht eingeführt.

Für die neu hinzugekommenen Mitgliedstaaten ist die Aufnahme in die Europäische Union nicht automatisch mit der Einführung des Euro verbunden. Neue Mitgliedstaaten müssen sich zunächst dem revidierten Europäischen Währungssystem (EWS II) anschließen. Dazu gehört u. a., dass ihre Währungen nur in einer bestimmten Spanne ($\pm 15\%$) zum festgesetzten Euro-Leitkurs schwanken dürfen. Für einen Beitritt zur Eurozone und damit für die Einführung des »Euro« muss jedes Land die im Maastricht-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien hinsichtlich Inflation, langfristigem Zinsniveau, Haushaltsdefizit und -verschuldung erfüllen. Außerdem schreiben die Konvergenzkriterien eine zweijährige abwertungsfreie Teilnahme am EWS vor.

Die verfügbaren Werte für die Konvergenz- und Stabilitätskriterien im Jahr 2004 (siehe Tab. 1) zeigen, dass einige Länder bei der Inflationsbekämpfung noch Anstrengungen unternehmen müssen (Slowakei, Ungarn, Lettland), während andere besonderes Augenmerk auf die Reduzierung des Staatsdefizits richten sollten (Griechenland, Ungarn, Malta, Zypern, Polen, Deutschland, Frankreich) bzw. auf die Eindämmung der Staatsverschuldung (Griechenland, Italien, Belgien).

Zum Stichtag 1. Januar 1999 wurden die Wechselkurse der nationalen Währungen der (zunächst) elf Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion gegenüber dem Euro unwiderruflich festgeschrieben (siehe nachfolgende Übersicht). Bis zum Jahresende 2001 fand die neue gemeinsame Währung nur für bargeldlose Transaktionen Verwen-

Wechselkurse gegenüber dem Euro ab 1. 1. 1999

Land	1 Euro = ... Währungseinheiten
Belgien	40,3399 bfr
Deutschland	1,95583 DM
Finnland	5,94573 Fmk
Frankreich	6,55957 FF
Griechenland ¹	340,750 Dr.
Irland	0,787564 Ir£
Italien	1936,27 Lit
Luxemburg	40,3399 lfr
Niederlande	2,20371 hfl
Österreich	13,7603 S
Portugal	200,482 Esc
Spanien	166,386 Pta

¹ Wechselkurs seit 31. 12. 2000.

dung. Seit dem 1. Januar 2002 ist der Euro das einzig gültige gesetzliche Zahlungsmittel innerhalb der Eurozone; die früheren Landeswährungen der Eurozone-Staaten behielten lediglich für kurze Übergangsfristen Gültigkeit.

Wichtigstes Organ der Europäischen Währungsunion, das im Zusammenwirken mit den nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten über die Stabilität des Euro wacht, ist die Europäische Zentralbank. Sie ist aus dem Europäischen Währungsinstitut hervorgegangen und hat unmittelbar nach dem Beschluss des Europäischen Rates über die Teilnehmer an der Währungsunion ihre Arbeit in Frankfurt/Main aufgenommen.

20.4 Die Finanzierung der Europäischen Union

Die Finanzierung des EU-Haushalts erfolgt im Wesentlichen durch direkte Abgaben bzw. Transfers der Mitgliedstaaten, insbesondere von Anteilen ihres Mehrwertsteueraufkommens (MWSt-Eigenmittel) und einer nach dem jeweiligen Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) der einzelnen EU-Länder bemessenen Abgabe (BNE-Eigenmittel). Darüber hinaus sind für die Einnahmenseite des EU-Haushaltes Zölle, Agrarabschöpfungen auf die Importe aus Drittstaaten sowie Zucker- und Isoglukoseabgaben von Bedeutung.

Betrachtet man die direkt von den Mitgliedstaaten stammenden Einnahmen des EU-Haushaltes, dann zeigt sich, dass Deutschland im Jahr 2003 mit 19,203 Mrd. Euro bzw. 23,0 % der Gesamteinnahmen des EU-Haushaltes in Höhe von 83,633 Mrd. Euro

Tab. 2: Einnahmen und Zahlungen der EU nach Mitgliedstaaten 2003

Land	Einnahmen von den Mitgliedstaaten		Zahlungen an die Mitgliedstaaten	
	Mill. EUR	% ¹	Mill. EUR	% ¹
Belgien	3 486,0	4,2	1 687,6	1,9
Dänemark	1 777,7	2,1	1 449,1	1,6
Deutschland	19 202,6	23,0	10 371,8	11,5
Finnland	1 337,9	1,6	1 303,9	1,4
Frankreich	15 153,7	18,1	13 039,8	14,4
Griechenland	1 533,7	1,8	4 801,0	5,3
Irland	1 127,5	1,3	2 645,7	2,9
Italien	11 758,5	14,1	10 438,6	11,5
Luxemburg	204,5	0,2	119,1	0,1
Niederlande	4 919,5	5,9	1 919,4	2,1
Österreich	1 935,9	2,3	1 555,3	1,7
Portugal	1 292,9	1,5	4 744,1	5,2
Schweden	2 501,3	3,0	1 414,8	1,6
Spanien	7 429,4	8,9	15 814,1	17,5
Vereinigtes Königreich	9 971,2	11,9	6 008,5	6,6
Europäische Union (EU-15)	83 632,5	100	90 557,5²	100

¹ Anteil an EU-Staaten insgesamt.

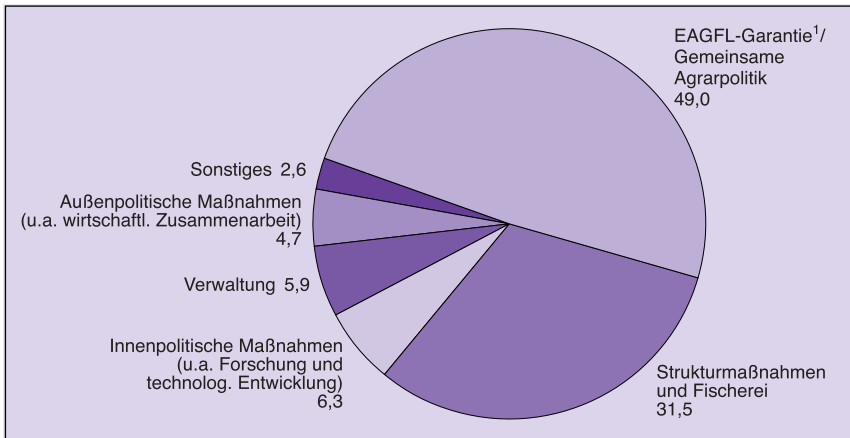
² Einschl. nicht aufteilbarer Zahlungen sowie Ausgaben für Verwaltung.

der größte Zahler unter den EU-Ländern war. Mit deutlichem Abstand folgten Frankreich mit 15,154 Mrd. Euro (18,1 %) sowie Italien mit 11,759 Mrd. Euro (14,1 %).

Bei den Zahlungen an die Mitgliedstaaten bzw. den Einnahmen der Mitgliedstaaten aus dem EU-Haushalt von insgesamt 90,558 Mrd. Euro lagen 2003 Spanien und Frankreich mit 15,814 bzw. 13,040 Mrd. Euro und Anteilen von 17,5 % bzw. 14,4 % an der Spitze. Es folgten Italien mit 10,439 Mrd. Euro (11,5 %) und Deutschland mit 10,372 Mrd. Euro (11,5 %). Den größten Netto-Finanztransfer erhielt Spanien mit 8,385 Mrd. Euro.

Die Verwendung der Haushaltsausgaben der EU zeigt, dass auf die Gemeinsame Agrarpolitik (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/ EAGFL) 2003 etwa die Hälfte (49,0 %) der Gesamtausgaben entfielen, auf Strukturmaßnahmen und Fischerei 31,5 %. Die übrigen Ausgaben verteilen sich hauptsächlich auf innenpolitische Maßnahmen (6,3 %; vor allem für Forschung und technologische Entwicklung), Verwaltung (5,9 %) sowie außenpolitische Maßnahmen (4,7 %; vor allem wirtschaftliche Zusammenarbeit und Nahrungsmittelhilfe).

Abb. 1: Ausgaben der EU nach Bereichen 2003 in Prozent



1 Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, Brüssel.

20.5 Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Im Jahr 2003 lebten nach vorläufigen Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in den 25 EU-Staaten (EU-25) annähernd 456 Mill. Einwohner auf einer Fläche von 3,959 Mill. Quadratkilometern. Allein 307,8 Mill. bzw. mehr als zwei Drittel aller EU-Bürger lebten zu diesem Zeitpunkt in einem der Länder der Eurozone. Bevölkerungsreichstes Mitglied der Europäischen Union war Deutschland mit 82,5 Mill. Einwohnern und einem Anteil von rund 18 %.

Tab. 3: Fläche, Bevölkerung, natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung 2003¹

Land	Fläche	Bevölkerung		Lebend-gebo-rene	Gestor-bene	Natür-liche Bevölkerungsbe-wegung	Wanderungs-saldo	
		ins-gesamt	Einwoh-ner je km ²					
		1000 km ²	1000				Anzahl	je 1000 Einwohner
Belgien	31	10376	340	10,8	10,3	0,5	35,5	3,4
Dänemark	43	5391	125	12,0	10,7	1,3	7,0	1,3
Deutschland	357	82534	231	8,6	10,3	- 1,8	142,2	1,7
Estland	45	1354	31	9,6	13,4	- 3,8	0,1	0,1
Finnland	338	5213	17	10,9	9,4	1,5	5,8	1,1
Frankreich	544	59768	110	12,7	9,2	3,5	132,7	2,2
Griechenland	132	11024	84	9,5	9,6	- 0,1	35,4	3,2
Irland	70	3996	58	15,4	7,2	8,2	31,4	7,9
Italien	301	57605	191	9,4	10,2	- 0,7	609,6	10,6
Lettland	65	2325	37	9,0	13,9	- 4,9	- 0,8	- 0,4
Litauen	63	3454	53	8,9	11,9	- 3,0	- 6,3	- 1,8
Luxemburg	3	450	174	11,8	9,0	2,8	2,1	4,6
Malta	0,3	399	1263	10,1	7,9	2,2	1,7	4,3
Niederlande	42	16225	480	12,3	8,7	3,6	7,1	0,4
Österreich	84	8121	97	9,5	9,5	0,0	38,2	4,7
Polen	313	38205	122	9,2	9,6	- 0,4	- 13,8	- 0,4
Portugal	92	10441	114	10,8	10,4	0,4	63,5	6,1
Schweden	441	8958	22	11,1	10,4	0,7	28,7	3,2
Slowakei	49	5380	110	9,6	9,7	- 0,1	1,4	0,3
Slowenien	20	1996	99	8,7	9,7	- 1,1	3,5	1,8
Spanien	506	42005	83	10,5	9,1	1,3	625,5	14,9
Tschechische Rep.	79	10207	132	9,2	10,9	- 1,7	- 25,8	2,5
Ungarn	93	10130	109	9,3	13,4	- 4,1	15,6	1,5
Vereinigtes Königreich	244	59569	244	11,7	10,3	1,4	151,0	2,5
Zypern ²	6	723	127	11,2	7,2	4,0	12,3	17,1
Europ. Union (EU-25)	3959	455846	117	10,4	10,0	0,4	1955,1	4,3
Europ. Union (EU-15)	3227	381675	121	10,6	9,8	0,7	1915,6	5,0
Eurozone	2498	307757	125	10,3	9,7	0,6	1728,9	5,6
Beitrittskandidaten								
Bulgarien	111	7824	70	8,6	14,3	- 5,7	0,0	0,0
Kroatien	57	4442	78	8,9	11,8	- 2,9	12,0	2,7
Rumänien	238	21742	91	9,8	12,3	- 2,5	- 7,4	- 0,3
Türkei	784	70713	90	19,4	6,2	13,2	156,6	2,2

1 Teilweise vorläufige oder geschätzte Angaben.

2 Griechisch-zypriotischer Teil.

Die Besiedlungsdichte ist innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Im EU-Durchschnitt liegt die Bevölkerungsdichte bei 117 Einwohnern je Quadratkilometer, wobei die Bandbreite von 17 bzw. 22 Einwohnern je Quadratkilometer in Finnland und Schweden bis zu 480 Einwohnern je Quadratkilometer in den Niederlanden bzw. 1263 Einwohnern in Malta reicht. Deutschland liegt mit einer Bevölkerungsdichte von 231 Einwohnern

je Quadratkilometer deutlich über dem Durchschnitt. Die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind generell dünner besiedelt und liegen, abgesehen von Malta, der Tschechischen Republik und Polen, unter dem EU-Durchschnitt.

Bei den Geburtenzahlen weisen die meisten neuen EU-Mitglieder Werte unter dem EU-Durchschnitt auf. Die Fruchtbarkeit bei den neuen EU-Ländern lag im Jahr 2003, außer in Zypern, durchweg unter dem EU-Durchschnitt von 10,4 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner. In den früheren EU-Staaten wurden teilweise deutlich höhere Geburtenziffern erreicht (Irland 15,4; Frankreich 12,7; Niederlande 12,3). Gleichzeitig weisen einige neue EU-Länder auch über dem EU-Durchschnitt liegende Sterbeziffern auf, weshalb das natürliche Bevölkerungswachstum vor allem in den baltischen Staaten sowie in Ungarn negativ ist, d. h. es sterben jährlich mehr Menschen als geboren werden. Ein Rückgang in der Bevölkerungszahl ist aber auch in den Ländern Deutschland, Griechenland, Italien, Polen, in der Slowakei, in Slowenien und in der Tschechischen Republik festzustellen.

In vielen EU-Ländern sind grenzüberschreitende Wanderungsbewegungen für die Bevölkerungsentwicklung ähnlich wichtig wie die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle. Die Nettozuwanderung in die EU-15-Staaten betrug im Jahr 2003 nach vorläufigen Angaben von Eurostat 1,916 Mill. Menschen. Den höchsten Wanderungszuwachs verbuchte Spanien mit 625 500 Nettozuwanderern vor Italien (609 600). Bezogen auf die Gesamteinwohnerzahl (Wanderungssaldo je 1 000 Einw.) registrierten die Länder Zypern, Spanien, Italien und Irland die höchste Zuwanderung. Einige der neuen EU-Staaten (Lettland, Litauen und Polen) verzeichneten demgegenüber sogar eine Netto-Abwanderung.

Der Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) betrug 2004 in der alten EU (EU-15) 3,8 %, in der EU nach der Erweiterung (EU-25) jedoch 5,0 %, bedingt durch den relativ hohen Anteil der im Agrarsektor Tätigen in vielen neuen EU-Mitgliedstaaten, u. a. in Polen, Lettland und Litauen. Gleichzeitig hat sich der Anteil des Dienstleistungssektors mit dem Beitritt der zehn neuen Staaten im Jahr 2004 auf 67,1 % reduziert (EU-15: 69,1 %). Der Erwerbstätigenanteil des Produzierenden Gewerbes liegt in der EU durchschnittlich bei 27,9 %.

Das Ausmaß der Erwerbslosigkeit in der Europäischen Union zeigt sich an der Gesamtzahl von 19,5 Mill. Betroffenen im Jahr 2004 (EU-15: 14,7 Mill.). Die Arbeitslosenquote belief sich im Schnitt auf 9,0 % (EU-15: 8,1 %).

Im zwischenstaatlichen Vergleich bestehen allerdings erhebliche Disparitäten im Niveau der Arbeitslosigkeit. Während sich die Arbeitslosenquote in den 15 alten Mitgliedsländern zwischen 4,5 % (Irland) und 11,0 % (Spanien) erstreckte (im Vergleich: Deutschland 9,5 %), gab es einige neue Mitgliedstaaten mit teilweise erheblich darüber liegenden Werten, u. a. Polen mit 18,8 % sowie die Slowakei mit 18,2 %.

Als noch schwerwiegender als die allgemeine Arbeitslosigkeit wird das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union angesehen. Durchschnittlich 18,7 % der Erwerbspersonen unter 25 Jahren besaßen in der EU im Jahr 2004 keinen Arbeitsplatz. Am gravierendsten stellte sich die Jugendarbeitslosigkeit unter

den alten EU-Staaten in Italien, Griechenland, Spanien, Finnland, Belgien und Frankreich dar (jeweils über 20 %), während sie in Deutschland bei 15,1 % lag. In den neuen EU-Staaten haben vor allem Polen (40,0 %) und die Slowakei (32,7 %) schwer

Tab. 4: Erwerbstätige, Erwerbslose und Erwerbslosenquoten 2004¹

Land	Erwerbstätige				Erwerbslose insgesamt	Erwerbslosenquoten	
	insgesamt ²	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsgewerbe		insgesamt	unter 25 Jahren
	1 000	% der Erwerbstätigen			1 000	%	
Belgien	4 114	2,2	24,9	72,9	355	7,9	20,4
Dänemark	2 693	3,3	23,7	73,0	156	5,4	8,4
Deutschland	35 413	2,4	31,3	66,4	3 931	9,5	15,1
Estland	573	5,4	35,1	59,5	61	9,2	21,3
Finnland	2 345	5,0	26,1	68,9	229	8,8	20,7
Frankreich	24 277	3,8	24,9	71,3	2 636	9,6	21,8
Griechenland	4 235	12,6	22,5	64,9	506	10,5	26,9
Irland	1 830	6,4	27,6	66,0	88	4,5	8,4
Italien	22 060	4,2	30,8	65,0	1 960	8,0	23,6
Lettland	988	13,3	27,2	59,5	111	9,8	19,2
Litauen	1 413	16,3	28,3	55,4	176	10,9	20,8
Luxemburg	186	2,2	19,9	78,0	9	4,8	18,1
Malta	147	2,1	29,5	68,5	12	7,7	19,0
Niederlande	8 014	3,3	20,1	76,6	387	4,6	8,0
Österreich	3 716	5,0	28,2	66,8	191	4,8	9,5
Polen	13 504	17,6	29,0	53,4	3 184	18,8	40,0
Portugal	4 806	12,1	31,2	56,7	367	6,7	15,4
Schweden	4 220	2,5	22,4	75,1	296	6,3	16,3
Slowakei	2 160	5,1	39,2	55,7	481	18,2	32,7
Slowenien	917	9,7	36,3	53,8	60	6,0	14,4
Spanien	17 861	5,5	30,4	64,1	2 211	11,0	22,1
Tschechische Republik	4 639	4,4	39,3	56,3	426	8,3	21,1
Ungarn	3 875	5,3	32,9	61,8	248	6,0	15,4
Vereinigtes Königreich	27 485	1,3	22,3	76,5	1 372	4,7	12,1
Zypern	330	5,1	23,5	71,7	18	5,2	11,3
Europ. Union (EU-25)	191 800	5,0	27,9	67,1	19 469	9,0	18,7
Europ. Union (EU-15)	163 254	3,8	27,1	69,1	14 693	8,1	16,6
Eurozone	128 856	4,4	28,4	67,2	12 869	8,8	17,7
Beitrittskandidaten							
Bulgarien	2 877	10,8	32,9	56,3	393	11,7	24,5
Kroatien	1 505	16,9	29,6	53,4	251	13,6	.
Rumänien	8 635	32,6	31,1	36,4	767	7,6	23,2
Türkei	21 014	34,9	24,6	40,5	2 479	10,3	19,6

1 Bzw. letztverfügbarer Wert.

2 Einschl. Erwerbstätiger, deren Zuordnung zu Wirtschaftsbereichen nicht eindeutig bestimmt ist.

mit diesem Problem zu kämpfen, aber auch in Estland (21,3 %), der Tschechischen Republik (21,1 %) und Litauen (20,8 %) ist über ein Fünftel dieser Altersgruppe davon betroffen.

20.6 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union

Im Jahr 2004 erwirtschafteten die EU-Staaten ein Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) von 10364 Mrd. Euro. Allein Deutschland trug mit 2216 Mrd. Euro rund 21,4 % dazu bei, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 1715 Mrd. Euro (16,5 %) sowie Frankreich mit 1648 Mrd. Euro (15,9 %) und Italien mit 1351 Mrd. Euro (13,0 %). Die Eurozone vereinigte 2004 eine Wirtschaftskraft von 7696 Mrd. Euro auf sich. Die zehn neuen Mitgliedstaaten erhöhten das Bruttoinlandsprodukt der al-

Tab. 5: Bruttoinlandsprodukt 2004

Land	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen		
	in jeweiligen Preisen	je Einwohner nach Kaufkraft	Veränderung gegenüber 2003 ¹
	Mrd. EUR	EU-25 = 100	%
Belgien	283,8	118	+ 2,9
Dänemark	196,3	123	+ 2,1
Deutschland	2215,7	109	+ 1,6
Estland	9,0	51	+ 7,8
Finnland	149,7	114	+ 3,6
Frankreich	1648,4	110	+ 2,3
Griechenland	167,2	82	+ 4,7
Irland	148,6	140	+ 4,5
Italien	1351,3	105	+ 1,2
Lettland	11,0	43	+ 8,3
Litauen	17,9	48	+ 7,0
Luxemburg	25,7	222	+ 4,5
Malta	4,3	71	+ 0,4
Niederlande	488,7	125	+ 1,7
Österreich	237,0	122	+ 2,4
Polen	195,2	47	+ 5,3
Portugal	142,4	76	+ 1,2
Schweden	279,0	116	+ 3,6
Slowakei	33,1	52	+ 5,5
Slowenien	26,1	79	+ 4,2
Spanien	837,6	98	+ 3,1
Tschechische Republik	86,8	70	+ 4,4
Ungarn	81,1	61	+ 4,6
Vereinigtes Königreich	1715,1	119	+ 3,2
Zypern	12,5	82	+ 3,8
Europäische Union (EU-25)	10363,5	100	+ 2,4
Europäische Union (EU-15)	9886,5	109	+ 2,3
Eurozone	7696,1	107	+ 2,1
Beitrittskandidaten			
Bulgarien	19,5	30	+ 5,6
Kroatien	27,6	46	+ 3,7
Rumänien	58,9	32	+ 8,3
Türkei	239,9	29	+ 7,7

1 Errechnet aus Angaben in Landeswährung und in konstanten Preisen.

ten EU-15 um rund 5 %, wobei Polen als größtes neues Mitglied für über 40 % des Zuwachses an wirtschaftlicher Leistung verantwortlich war.

Das BIP je Einwohner lag 2004 in den meisten neuen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Zyperns und Sloweniens noch unter 75 % des EU-25-Durchschnitts und damit deut-

Tab. 6: Verwendungsstruktur des Bruttoinlandsprodukts 2004

Land	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag	Exporte	Importe
	Private Haushalte ¹	Staat			von Waren und Dienstleistungen	
					% des Bruttoinlandsprodukts	
Belgien	54,0	22,6	20,4	+ 2,9	83,7	80,8
Dänemark	48,1	26,7	20,2	+ 5,1	43,5	38,4
Deutschland	59,1	18,7	17,3	+ 4,9	38,0	33,1
Estland ²	56,3	19,0	31,3	- 7,4	79,7	87,1
Finnland ²	51,7	22,4	19,4	+ 5,6	37,1	31,5
Frankreich ²	56,1	23,9	19,7	+ 0,3	26,0	25,7
Griechenland	66,0	17,1	25,5	- 8,6	20,9	29,5
Irland ²	43,9	16,0	24,5	+ 15,7	80,4	64,7
Italien	60,1	19,2	19,8	+ 0,8	26,6	25,8
Lettland	62,5	20,9	32,3	- 15,8	43,8	59,5
Litauen	65,3	17,8	23,2	- 6,3	52,7	59,0
Luxemburg	40,5	18,3	19,5	+ 21,6	146,2	124,6
Malta	63,6	22,0	22,1	- 7,7	75,8	83,5
Niederlande	48,8	25,3	20,5	+ 5,4	65,4	60,0
Österreich ²	55,8	17,8	21,7	+ 4,8	51,0	46,2
Polen	64,9	16,9	20,0	- 1,8	39,1	40,9
Portugal	62,8	21,3	23,5	- 7,6	30,9	38,5
Schweden	48,1	27,7	16,1	+ 8,0	46,3	38,2
Slowakei ²	56,6	19,4	26,3	- 2,7	76,8	79,5
Slowenien	54,0	19,8	26,8	- 0,6	59,9	60,5
Spanien	57,7	17,7	28,3	- 3,6	25,7	29,3
Tschechische Republik	50,1	22,7	27,6	- 0,3	71,7	72,1
Ungarn	55,0	23,7	24,2	- 3,0	65,1	68,0
Vereinigtes Königreich ²	65,1	21,3	17,0	- 3,3	24,7	28,0
Zypern	64,8	18,3	20,7	- 3,8	46,9	50,8
Europ. Union (EU-25)	58,4	20,6	20,2	+ 0,8	36,2	35,4
Europ. Union (EU-15)	58,3	20,7	19,9	+ 1,0	34,4	33,4
Eurozone	57,4	20,3	20,6	+ 1,7	36,0	34,3
Beitrittskandidaten						
Bulgarien ²	68,1	19,3	23,5	- 10,3	58,4	68,7
Kroatien	58,1	19,9	30,2	- 8,2	47,5	55,7
Rumänien ²	69,8	14,1	24,6	- 9,5	37,0	46,5
Türkei ²	68,4	12,5	25,4	- 5,7	29,1	34,8

1 Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Einschl. einer statistischen Differenz.

lich unter dem der 15 alten EU-Staaten von 109 %. Die niedrigsten Werte unter den neuen EU-Mitgliedern verzeichneten die baltischen Staaten Lettland und Litauen sowie Polen mit unter 50 %, während Slowenien und Zypern 79 % bzw. 82 % des durchschnittlichen BIP je Einwohner in der EU erreichten.

Tab. 7: Wirtschaftsdaten des Produzierenden Gewerbes

Land	Index der Produktion für das Produzierende Gewerbe ²	Produktion ¹			
		Steinkohle	Rohstahl	Elektrizität, brutto	Pkw ³
		1 000 t		Mill. kWh je 100 000 Einwohner	1 000
2000 = 100					
Belgien	103,4	–	11 135	813	792
Dänemark	101,3	–	392 ⁴	853	–
Deutschland	100,8	27 053	44 809	719	5 121
Estland	144,2	–	1	751	–
Finnland	110,5	–	4 766	1 608	19
Frankreich	102,4	1 174	19 758	951	3 220
Griechenland	103,1	–	1 701	529	–
Irland	124,3	–	–	631	–
Italien	99,9	–	26 832	508	1 026
Lettland	136,0	–	520	170 ⁴	–
Litauen	157,4	–	–	511 ⁴	–
Luxemburg	114,7	–	2 675	853	–
Malta	.	–	–	518 ⁴	–
Niederlande	99,0	–	6 571	596	163
Österreich	114,0	–	6 261	740	119
Polen	116,4	102 497	9 107	397	334
Portugal	97,9	–	730	447	166
Schweden	105,4	–	5 707	1 479	409 ⁴
Slowakei	123,9	–	4 588	587	281
Slowenien	111,8	–	541	702	111
Spanien	106,8	13 194 ⁵	16 472	627	2 399
Tschechische Republik	133,1	13 645	6 783	815	436
Ungarn	122,6	689	1 984	337	122
Vereinigtes Königreich	99,3	29 422	13 268	664	1 658
Zypern	113,1	–	–	534 ⁴	–
Europ. Union (EU-25)	103,1	187 674	.	.	.
Europ. Union (EU-15)	102,2	70 843	.	721	.
Eurozone	102,7	41 421	141 710	707	13 025
Beitrittskandidaten					
Bulgarien	158,9 ⁶	20	2 317	542 ⁴	–
Kroatien	121,2 ⁶	–	41	298	–
Rumänien	128,5 ⁶	3 326	5 691	252 ⁴	76
Türkei	120,9 ⁶	3 014	18 298	198	294

1 2003.

2 Einschl. Baugewerbe. Arbeitstäglich bereinigte Daten für 2004. Teilweise vorläufige oder geschätzte Angaben.

3 Einschl. Montage eingeführter zerlegter Fahrzeuge.

4 2002.

5 Geförderte »Lignito negro« gilt als Steinkohle.

6 Verarbeitendes Gewerbe.

Doch selbst innerhalb der EU-15 existieren noch große Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit pro Kopf. Während in Luxemburg das BIP je Einwohner das EU-Niveau um das Doppelte deutlich übertraf (222 %), wiesen Portugal und Griechen-

land nur 76 % bzw. 82 % auf. Der Wert des BIP pro Kopf lag für Deutschland bei 109 % und entsprach damit exakt dem EU-15-Mittelwert.

Mit 2,4 % ist das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union im Jahr 2004 erstmals wieder merklich höher ausgefallen als in den beiden Vorjahren. Im EU-15-Durchschnitt und in der Eurozone nahm das BIP real um 2,3 % bzw. 2,1 % zu. Höhere Steigerungsraten hatten vor allem Griechenland (4,7 %) sowie Irland und Luxemburg (jeweils 4,5 %) zu verzeichnen sowie alle neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten, deren Wirtschaftsleistung durchweg um über 4 Prozent anstieg, im Falle der baltischen Länder sogar um über 7 Prozent.

Von großer Bedeutung für wirtschaftlichen Erfolg und Innovationsfähigkeit eines Landes ist die inländische Investitionstätigkeit. Einen hohen Anteil an Bruttoinvestitionen (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) in der EU wiesen 2004 einige der neuen EU-Mitglieder auf (u. a. Lettland 32,3 %, Estland 31,3 %), aber auch Spanien (28,3 %), Griechenland (25,5 %), Irland (24,5 %) und Portugal (23,5 %), während Schweden, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Finnland, Luxemburg, Frankreich und Italien allesamt unterhalb des EU-25-Mittels von 20,2 % lagen. In der Eurozone machten die Bruttoinvestitionen durchschnittlich 20,6 % des BIP aus.

Die Entwicklung der Industrie in der Europäischen Union zeigt der Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe in Tab. 7. Der Index lässt einen leichten Rückgang der Produktion seit 2000 in den westeuropäischen Industriestaaten Italien, Niederlande, Portugal und Vereinigtes Königreich erkennen. Dagegen erreichten die neuen EU-Mitgliedstaaten zumeist Zuwächse in der Produktion. Besonders große Wachstumsraten seit 2000 erzielten dabei die baltischen Länder Litauen (57,4 %), Estland (44,2 %) und Lettland (36,0 %), aber auch die Tschechische Republik (33,1 %), Irland (24,3 %), die Slowakei (23,9 %) und Ungarn (22,6 %) wiesen bemerkenswerte Industriezuwächse auf.

20.7 Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Europäischen Union

Der Außenhandel besitzt für alle EU-Staaten eine große Bedeutung. Mehr als 40 % des globalen Warenhandels entfallen auf die Europäische Union, die damit weltweit den wichtigsten Handelsblock darstellt. Wie Tab. 8 zeigt, betrug die Summe der Importe der EU-Länder im Jahr 2004 (einschl. Intra-EU-Handel, d. h. einschl. der »Eingänge« aus anderen EU-Ländern) insgesamt 2 959 Mrd. Euro, allein 2 208 Mrd. Euro bzw. 75 % davon entfielen auf die 12 Staaten der Eurozone. Dem standen Gesamtexporte (»Ausfuhren und Versendungen«) der EU-Staaten von 2 988 Mrd. Euro gegenüber. Mit 2 335 Mrd. Euro lag der Anteil der Eurozone hier bei 78 %. Per Saldo ergab sich ein Ausfuhrüberschuss der EU-25-Staaten von 29,1 Mrd. Euro und ein Ausfuhrüberschuss der Eurozone-Staaten von 127,0 Mrd. Euro. Aufgrund der durchweg negativen Handelsbilanzen der neuen Mitgliedstaaten fällt der Saldo für die EU-25-Staaten deut-

lich geringer aus als der Saldo der EU-15-Staaten bzw. Eurozone-Staaten. Deutschlands Exportüberschuss belief sich auf 157,0 Mrd. Euro. Das Vereinigte Königreich war hingegen das Land mit dem höchsten Importüberschuss von 93,7 Mrd. Euro.

Der so genannte Intra-EU-Handel, d. h. der Warenaustausch zwischen den EU-Ländern, machte für die Staaten der Europäischen Union (EU-25) im Jahr 2004 zwei Drittel ihres gesamten Außenhandels aus. Am stärksten ist die Handelsverflechtung mit Partnerländern innerhalb der Europäischen Union im Falle von Belgien, Estland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Polen, Portugal, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen

Tab. 8: Außenhandel 2004

Land	Einfuhr und Eingänge		Ausfuhr und Versendungen		Saldo		Anteil des Intra-EU-25-Handels
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	EUR	%
Belgien	229168	22013	246324	23661	+ 17156	+ 1648	74,8
Dänemark	54546	10093	62074	11486	+ 7528	+ 1393	70,7
Deutschland	576353	6986	733387	8889	+ 157034	+ 1903	64,4
Estland	6750	5006	4795	3556	- 1955	- 1450	76,5
Finnland	41356	7913	49458	9464	+ 8102	+ 1550	62,2
Frankreich	374312	6234	360767	6009	- 13545	- 226	67,1
Griechenland	42284	3823	12225	1105	- 30059	- 2717	57,3
Irland	48759	12032	83834	20687	+ 35075	+ 8655	63,5
Italien	282205	4862	280692	4836	- 1513	- 26	59,6
Lettland	5704	2467	3223	1394	- 2481	- 1073	76,1
Litauen	9879	2874	7452	2168	- 2427	- 706	64,5
Luxemburg	16116	35515	13063	28787	- 3053	- 6728	82,3
Malta	2950	7340	2003	4984	- 947	- 2356	63,6
Niederlande	256717	15755	287955	17672	+ 31238	+ 1917	67,1
Österreich	96394	11861	95165	11710	- 1229	- 151	76,6
Polen	72166	1891	60272	1579	- 11894	- 312	76,6
Portugal	44174	4207	28770	2740	- 15404	- 1467	78,1
Schweden	80314	8931	98952	11003	+ 18638	+ 2073	64,6
Slowakei	23693	4406	22146	4118	- 1547	- 288	81,9
Slowenien	13826	6920	12727	6370	- 1099	- 550	72,0
Spanien	200424	4701	143586	3368	- 56838	- 1333	69,4
Tschechische Republik	55881	5476	55195	5409	- 686	- 67	82,8
Ungarn	47698	4720	44101	4364	- 3597	- 356	72,8
Vereinigtes Königreich	372563	6234	278857	4666	- 93706	- 1568	56,4
Zypern	4423	6020	762	1037	- 3661	- 4983	67,6
Europ. Union (EU-25)	2958655	6466	2987785	6529	+ 29130	+ 64	66,4
Europ. Union (EU-15)	2715685	7081	2775109	7236	+ 59424	+ 155	65,5
Eurozone	2208262	7139	2335226	7549	+ 126964	+ 410	66,7
Beitrittskandidaten ¹							
Bulgarien	11577	1490	7708	992	- 3869	- 498	56,7
Kroatien	13241	2998	6218	1408	- 7023	- 1590	69,2
Rumänien	26235	1210	18754	865	- 7481	- 345	68,5
Türkei	78160	1089	50335	701	- 27825	- 388	49,9

1 Für die Beitrittskandidaten: Anteil des Außenhandels mit den EU-Staaten (EU-25).

Tab. 9: Wirtschaftliche Transaktionen zwischen In- und Ausländern 2004
in Mill. US-Dollar

Land	Saldo der Leistungsbilanz	Jährliche Direktinvestitionen (Netto)	
		im Ausland	des Auslands im Land
Belgien	+ 11 915	18 334	42 337
Dänemark	+ 5 941	- 9 930	- 8 804
Deutschland	+ 103 770	- 810	- 34 900
Estland	- 1 432	268	1 049
Finnland	+ 9 698	- 1 539	3 075
Frankreich	+ 8 380	47 710	24 520
Griechenland	- 13 148	606	1 355
Irland	- 1 423	15 816	11 040
Italien	- 15 137	19 144	16 772
Lettland	- 1 766	103	699
Litauen	- 1 724	263	773
Luxemburg	+ 3 562	82 943	78 678
Malta	- 563	9	407
Niederlande	+ 54 414	17 293	377
Österreich	+ 765	7 427	4 022
Polen	- 10 357	787	12 613
Portugal	- 13 158	6 121	825
Schweden	+ 27 485	15 369	- 588
Slowakei	- 282 ¹	- 155	1 122
Slowenien	- 670	551	827
Spanien	- 55 380	50 211	16 594
Tschechische Republik	- 5 595	572	4 454
Ungarn	- 8 842	1 071	4 608
Vereinigtes Königreich	- 41 880	80 240	72 560
Zypern	- 923	633	1 108
Europäische Union (EU-25)	+ 36 890	353 037	255 523
Europäische Union (EU-15)	+ 69 044	348 935	227 863
Eurozone	+ 77 498	263 256	164 695
Beitrittskandidaten			
Bulgarien	- 2 053	- 221	2 005
Kroatien	- 1 641	345	1 243
Rumänien	- 5 589	70	5 440
Türkei	- 15 543	858	1 733

1 Stand: 2003.

Republik und Ungarn, die allesamt über 70 % ihres gesamten grenzüberschreitenden Güterhandels mit anderen EU-Staaten abwickeln. Am niedrigsten ist der Anteil des Intrahandels in Griechenland, Italien und dem Vereinigten Königreich. Dort machte der Anteil des Warenaustausches mit anderen EU-Mitgliedstaaten jeweils unter 60 % des Gesamthandelsumsatzes aus.

Ein umfassendes Bild über die externen Wirtschaftsverflechtungen bietet die Leistungsbilanz, d. h. die Summe aller grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungstransaktionen sowie der Übertragungen. Die Europäische Union als Ganzes (EU-25) verbuchte 2004 einen positiven Leistungsbilanzsaldo in Höhe von 36,9 Mrd. US-

Dollar. Die Länder der Eurozone kamen auf einen Leistungsbilanzüberschuss von 77,5 Mrd. US-Dollar.

Im Ländervergleich erweisen sich die Leistungsbilanzergebnisse als sehr unterschiedlich. Den höchsten Leistungsbilanzüberschuss wies Deutschland mit 103,8 Mrd. US-Dollar auf vor den Niederlanden mit 54,4 Mrd. US-Dollar. Spanien und das Vereinigte Königreich hatten vornehmlich aufgrund ihrer stark negativen Handelsbilanz auch das größte Leistungsbilanzdefizit zu verzeichnen. Leistungsbilanzdefizite traten außerdem in allen neuen EU-Mitgliedstaaten wegen negativer Handelsbilanzen auf.

Ein Gradmesser für die weltwirtschaftliche Verflechtung einzelner Volkswirtschaften sind die im Ausland getätigten Direktinvestitionen bzw. deren Zufluss. Unternehmen aus der Europäischen Union (EU-25) investierten 2004 über 353 Mrd. US-Dollar im Ausland (Eurozone: 263 Mrd. US-Dollar). In die Europäische Union flossen aus anderen Ländern Direktinvestitionen in Höhe von rund 256 Mrd. US-Dollar (Eurozone: 165 Mrd. US-Dollar). Werden die Direktinvestitionsflüsse ins Ausland mit den Direktinvestitionen aus dem Ausland verrechnet, so ergeben sich daraus für 2004 Nettoabflüsse aus der EU in Höhe von 98 Mrd. US-Dollar.

Am regsten war im Jahr 2004 die Investitionstätigkeit Luxemburgs, das 83 Mrd. US-Dollar ins Ausland transferierte, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 80 Mrd. US-Dollar. Umgekehrt verzeichneten auch Luxemburg und das Vereinigte Königreich mit rund 79 Mrd. US-Dollar bzw. 73 Mrd. US-Dollar die größten Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in der EU.

20.8 Die Lebensverhältnisse in der Europäischen Union

Trotz erheblicher Nettofinanztransfers in die ärmeren EU-Länder in den zurückliegenden Jahren kann noch nicht von einer EU-weiten Angleichung der Lebensverhältnisse gesprochen werden, wie Tab. 10 belegt.

Am weitesten vorangekommen ist die Angleichung im Hinblick auf die Lebenserwartung. Bei den Männern lag 2003 die Bandbreite der Lebenserwartung bei Geburt in den 15 alten EU-Staaten zwischen 77,9 Jahren in Schweden und 74,2 Jahren in Portugal (Deutschland: 75,7 Jahre). Bei den Frauen reichte die Spanne von 83,6 Jahren im Falle Spaniens bis 79,9 Jahre im Falle Dänemarks (Deutschland: 81,4 Jahre). Im Vergleich mit den neuen EU-Staaten fällt auf, dass nur die Lebenserwartung in den beiden mediterranen Staaten Malta und Zypern dem EU-15-Schnitt entspricht. In den osteuropäischen Staaten, die der EU beigetreten sind, lag im Jahr 2003 die Lebenserwartung sowohl bei Männern als auch bei Frauen im Schnitt jeweils einige Jahre unter dem Niveau der alten EU-Staaten (EU-15).

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede im Lebensstandard bei einem Vergleich der durchschnittlichen Bruttojahresverdienste. Auffallend ist hier ein Nord-Süd-Gefälle, mit dem höchsten Verdienst in Dänemark und weit geringeren Verdiensten in den

Tab. 10: Lebensverhältnisse

Land	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst ²	Primär-energie-verbr. ³ je Einwohner	Pkw ⁴	Inter-net-Nutzer ^{3,5}	Mobil-telefone ³
	Männer	Frauen					
	Jahre		EUR	t RÖE ⁶	Anzahl		
Belgien	75,9	81,7	34 643	6,46 ⁷	459	406	876
Dänemark	75,1	79,9	44 692	3,40	351	700	956
Deutschland	75,7	81,4	40 375	4,00	546	500	864
Estland	66,0	76,9	5 278 ⁸	.	321	512	931
Finnland	75,1	81,8	30 996	5,47	436	630	954
Frankreich	75,9	82,9	28 847	4,35	493	414	738
Griechenland	76,5	81,3	16 739	2,96	352	178	999
Irland	75,8	80,7	.	3,51	374	270	929
Italien	76,8	82,5	21 494 ⁸	3,16	593	498	1 079
Lettland	65,7	75,9	3 515 ⁸	.	280	354	664
Litauen	66,5	77,7	4 195 ⁸	2,62	365	281	996
Luxemburg	75,0	81,0	39 587	.	650 ¹⁰	590	1 189
Malta	76,7	80,7	13 603	.	506	760	723
Niederlande	76,2	80,9	36 600	5,85	423 ¹¹	616	910
Österreich	75,9	81,6	28 808 ⁸	4,04	498 ¹⁰	475	978
Polen	70,5	78,8	6 434	2,40	294	234	605
Portugal	74,2	80,5	13 450 ¹	2,38	379	293	981
Schweden	77,9	82,5	32 177	5,38	454	755	1 034
Slowakei	69,9	77,8	4 945	3,46	252	421	794
Slowenien	72,6	80,4	11 932 ⁸	.	446	480	871
Spanien	76,9	83,6	19 220	3,41	443	349	905
Tschechische Republik	72,1	78,7	6 130 ⁸	4,36	363 ¹⁰	469	1 054
Ungarn	68,4	76,7	6 196	2,34	275	275	863
Vereinigtes Königreich	76,2	80,7	38 793	3,79	501	633	1 021
Zypern	77,0	81,4	18 406	.	414	369	866
Europ. Union (EU-25)	74,9	81,3	.	.	.	454	897
Europ. Union (EU-15)	75,9	81,8	.	3,94	.	482	925
Eurozone	75,9	81,9	.	3,94	.	442	903
Beitrittskandidaten							
Bulgarien	68,9	75,9	1 678	2,43	296	281	608
Kroatien	71,4	78,4	.	.	291	295	575
Rumänien	67,8	75,3	2 142 ⁸	1,81	142	202	471
Türkei	68,6	70,9	.	1,20	66	141	488

1 2003.

2 Vollzeitbeschäftigte im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor. Stand: 2003.

3 2004.

4 Ohne Kombinationskraftwagen. Stand: Jahresende 2003.

5 Größtenteils Schätzungen, die als Näherungswert betrachtet werden sollten.

6 1 Tonne Rohöleinheit (t RÖE) = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

7 Einschl. der Angaben für Luxemburg.

8 Vollzeitäquivalente.

9 Die Angaben für Luxemburg sind bei Belgien einbezogen.

10 Einschl. Kombinationskraftwagen.

11 2002.

südeuropäischen EU-Mitgliedsländern wie Portugal, Griechenland oder Spanien. Alle neuen Mitgliedstaaten, außer Zypern und Malta, liegen jedoch noch (zum Teil weit) unter dem Gehaltsniveau der angesprochenen südeuropäischen Staaten.

Auch bei der Ausstattung mit Personenkraftwagen bestanden zum Jahresende 2003 noch deutliche Unterschiede. Länder wie Luxemburg (650 Pkw je 1 000 Einwohner) oder Italien (593 Pkw je 1 000 Einwohner) übertrafen deutlich den EU-Durchschnitt, der Wert für Deutschland lag bei 546 Pkw. In allen neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten erreichte die Pkw-Dichte dagegen noch bei weitem nicht das EU-Niveau.

Bei der Betrachtung der Kommunikationsindikatoren fällt der hohe Verbreitungsgrad des Internets im Jahr 2004 in den skandinavischen Ländern auf (Schweden: 755 Nutzer je 1 000 Einwohner, Dänemark 700 Nutzer je 1 000 Einwohner). Auch in Deutschland (2004: 500 Nutzer je 1 000 Einwohner) liegt die Internet-Verbreitung auf einem höheren Niveau als im EU-Durchschnitt (EU-25: 454 Nutzer je 1 000 Einwohner). Die Verbreitung des Internets ist in den osteuropäischen Mitgliedstaaten, außer in Slowenien, der Tschechischen Republik und in Estland, zumeist noch unterentwickelt.

Der Verbreitungsgrad von Mobiltelefonen liegt in allen Ländern über dem des Internets. Außerordentlich hoch ist dabei die Zahl von Mobiltelefon-Nutzern in Luxemburg (2004: 1 189 Mobil-Telefone je 1 000 Einwohner).

Weitere Informationen zu Deutschland und Europa siehe auch Teil II, Kap. 22.